

# Die Ratlosigkeit der Basler Politik

Jeder Siebte hat nach der Sekundarschule keinen Abschluss. Rasch umsetzbare Rezepte, um die Quote zu erhöhen, sind kaum vorhanden.

Andreas Möckli

Die Zahl lässt aufhorchen: Nur gerade 85 Prozent der Jugendlichen bis zum Alter von 25 Jahren haben in Basel-Stadt einen Berufs- oder Mittelschulabschluss. Im Umkehrschluss haben also 15 Prozent der Jugendlichen nur gerade die Volksschule absolviert. Diese Zahlen nannte Regierungsrat Conradin Cramer im Interview mit der «Schweiz am Wochenende». Für ihn steht nicht die Gymnasialquote im Vordergrund, sondern ebendiese sogenannte Abschlussquote der Sekundarstufe II.

Die angefragten Basler Bildungspolitiker zeigen sich konsterniert über die Quote. Die vom Bundesamt für Statistik erhobenen Zahlen zeigen, dass sich Basel-Stadt auf dem letzten Platz befindet. Der Schweizer Durchschnitt beträgt knapp 91 Prozent. Bund, Kantone und Arbeitnehmerverbände haben sich eine Quote von 95 Prozent zum Ziel gesetzt.

SP-Grossrat Claudio Miozzari nennt die Basler Quote «erschreckend». Zum ersten Mal habe er diese gehört, als der Lehrstellenbericht im Dezember im Grossen Rat diskutiert wurde. Cramer nannte sie dort in der Debatte. Politisch sei diese Quote bisher kein Thema gewesen, sagt Miozzari. Das müsse sich nun ändern. «Wir müssen dies in der Bildungs- und Kulturkommission unbedingt mit Conradin Cramer aufgreifen.»

Denn Miozzari kann nur Vermutungen anstellen, weshalb die Quote in Basel so tief ist. «Es ist möglich, dass viele Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium wechseln, jedoch die Matur nicht schaffen.» Statt einer Berufslehre würden diese mögli-



Das Ansehen der Berufslehre ist in Basel-Stadt laut Bildungspolitikern noch immer gering.

Bild: Ennio Leanza/Keystone

---

«Man kann Schüler und Schülerinnen durch Fördermassnahmen auch mit zu viel Liebe überschütten.»

Joël Thüring  
Grossrat SVP

---

cherweise auf eine weitere Ausbildung verzichten. Miozzari glaubt, dass das Ansehen der Berufsbildung im Kanton noch immer vergleichsweise gering sei. «Vielen ist der Wert einer Lehre nicht bewusst.»

**Mehr fordern statt fördern**

Nicht überrascht zeigt sich SVP-Grossrat Joël Thüring. Angesichts des Lehrstellenberichts oder der Gymnasialquote sei Cramers Aussage erwartbar gewesen. Natürlich sei die Bevölkerungsstruktur in Basel-Stadt mit dem nach Genf höchsten Ausländeranteil in der Schweiz

mit ein Grund. «Wir machen es uns jedoch zu einfach, das Problem nur damit zu erklären.»

Thüring ortet das Problem auch in der Qualität der Basler Schulen. Seine Formel: «Mehr fordern als fördern.» Er denkt etwa an Leistungstests oder höhere Hürden für den Eintritt ins Gymnasium. Er befürwortet auch eine Eintrittsprüfung, wie sie etwa der Kanton Zürich kennt.

Gleichzeitig habe er den Eindruck, dass mit den vielzähligen Fördermassnahmen im Kanton übertrieben werde. «Man kann Schüler durch Fördermassnahmen auch mit zu viel Liebe über-

schütten.» Das könne gewisse Jugendliche träge machen. Er betont aber auch, dass dies nicht längst auf alle zutrefte. Er anerkennt, dass der Druck auf die Schüler gestiegen sei.

Die Linke ist klar gegen eine Gymiprüfung. Neben Claudio Miozzari sagt dies etwa auch Beatrice Messerli vom Grünen Bündnis. Davon halte sie gar nichts. Basel-Stadt sei von der Bevölkerungsstruktur her gesehen anders zu bewerten als andere Kantone, die teils viel ländlicher geprägt seien. Aus Messerlis Sicht hat das Erziehungsdepartement bereits einiges getan, um vor allem die Be-

rufsbildung den Schülerinnen und Schülern näherzubringen. Zudem habe die Behörde in der Vergangenheit genügend Massnahmen gegen die hohe Gymnasialquote ergriffen.

Messerli fragt sich, ob die Abschluss- und Übertrittsquoten nicht allzu viel Gewicht erhalten. Trotz der erwähnten Massnahmen der Regierung sei die Gymiquote nun mal hoch. Das Angebot mit der Universität sei in Basel-Stadt gross, die Wege für die Jugendlichen kurz. Sie ist daher dagegen, nun mit neuen Massnahmen nochmals an den Quoten zu schrauben. GLP-Grossrätin Sandra Bothe-Wenk zweifelt, ob mit einer Abschlussquote von 85 Prozent die Chancengleichheit tatsächlich erfüllt sei. «Wenn ein derart grosser Prozentsatz durch die Masche fällt, mangelt es offenbar an der Qualität in der Volksschule respektive an der Unterstützung bei der Suche einer Anschlusslösung nach der Schule.»

**Schon ab 13 Jahren mit der Berufswahl konfrontiert**

Die Politikerin ortet das Problem auch darin, dass Schülerinnen und Schüler sich bereits sehr früh entscheiden müssen, wenn sie mit einer Berufslehre beginnen wollen. «In der Schweiz verlassen die Kinder die Volksschule offiziell mit 15 Jahren.» Die intensive berufliche Auseinandersetzung starte schon mit 13 Jahren. «Im Alter von 14 Jahren muss der Entscheid für die Berufswahl gefällt sein», sagt Bothe-Wenk. Das sei schwierig, weil die Jugendlichen mitten in der Identitätsfindung steckten und viele noch keine klare Vorstellung für ihren weiteren beruflichen Weg hätten.